Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 29

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

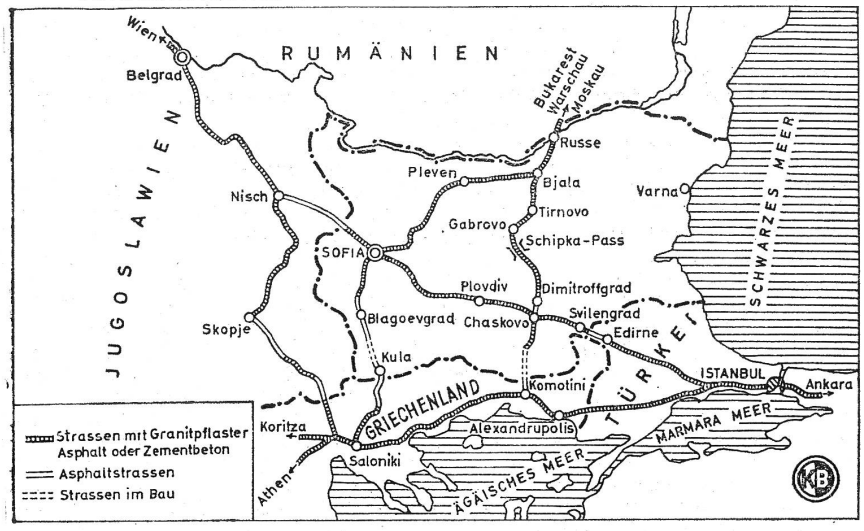
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

INTERNATIONALE FERNVERKEHRSSTRASSEN IN BULGARIEN



Verkehr

Bulgarien

Anschluss für Touristen

Wie sich Bulgarien um den Ausbau seiner Badeorte am Schwarzen Meer bemüht, so widmet es auch den Zufahrtswegen zunehmende Aufmerksamkeit. Der Anschluss an das kontinentale Strassennetz ist natürlich von grosser wirtschaftlicher Bedeutung. Unsere Karte (nach «Bulgarien von heute») zeigt die internationalen Verkehrsstrassen im Land.

Die geographische Lage Bulgariens bedingte den Ausbau einiger wichtiger internationaler Strassen durch das Land. Von Nordwesten nach Südwesten führt durch Bulgarien die kürzeste Verbindung West- und Mitteleuropas zum Nahen Osten, nach Indien und Nordostafrika: London — Wien — Budapest — Belgrad — Sofia — Istanbul. Von Nordosten nach Süden durchquert die Strasse von Moskau, Kiew und Bukarest über Sofia nach Saloniki und weiter nach Beirut und Kairo das Land —, und in der Nord-Süd-Richtung gelangt man über Bulgarien von der Ostsee bis zum Aegäischen Meer: Stockholm — Gdynia — Warschau — Bukarest — Russe — Tirnovo — Stara Sagora — Chaskovo — Aegäisches Meer.

Die internationale Strasse London — Wien — Belgrad — Sofia — Istanbul durchschneidet der Länge nach das ganze Land. Sie folgt im allgemeinen der alten Römerstrasse. Die Reise von Belgrad nach Istanbul ist über Bulgarien etwa 400 km kürzer als über Nisch, Skopje, Saloniki und Kawalla. Die 370 km lange bulgarische Strecke über Dragoman — Sofia — Svilengrad, die sich in gutem Zustand befindet, hat eine feste staubfreie Fahrbahndecke von grosser Tragfähigkeit. 210 km davon sind mit Mosaikpflaster, 133 km mit Asphalt und 27 km mit Beton bedeckt. Sie entspricht in Anlage und Profil ungefähr den europäischen Erstklassstrassen.

Die internationale Verkehrsstrasse Moskau — Kiew — Bukarest — Russe — Pleven — Sofia — Saloniki — Athen führt von Norden nach Südwesten durch Bulgarien. Im Lande selbst (Russe — Sofia — Kulata) ist die Strecke 520 km lang. 117 km davon sind mit Mosaikpflaster und 333 km mit Asphalt belegt. Die übrigen 70 km sind infolge des ungeregelten Verkehrs zwischen Bulgarien und Griechenland schlecht instandgehalten, werden aber rekonstruiert. Die Strasse führt grossteils über hügeliges Terrain. Ihre Bedeutung wächst, was auf die Donaubrücke bei Russe zurückzuführen ist, ferner darauf, dass sie die sowjetische Hauptstadt über Kischinew und Kiew mit Bukarest, Sofia und Athen verbindet.

Die dritte internationale Strasse (Ostsee—Warschau — Bukarest — Russe — Tirnovo — Schipkapass — Stara Sagora — Chaskovo —Aegäisches Meer) führt von Norden nach Süden mitten durch Bulgarien. Im Lande selbst (Russe — Tirnovo — griechische Grenze) ist die Strecke 408 km lang. 140 km davon sind mit Mosaikpflaster und 180 km mit Asphalt belegt. Die übrigen 88 km werden zur Zeit rekonstruiert und bis Ende 1962 asphaltiert. Ein Teil der Strecke (302 Kilometer) entspricht den europäischen Strassen 1. Klasse.

Politik

Singapur

Eine Föderation geplant

Lee Kuan Yew, der Ministerpräsident von Singapur, ist heute mehr denn je zuvor überzeugt, dass Malaysia, der geplante Staatenbund in Südostasien, noch im Laufe des kommenden Jahres realisiert wird.

Als im vergangenen Monat Singapur den dritten Jahrestag seiner innenpolitischen Selbstverwaltung beging, prophezeite Lee, dies wäre «das letzte Mal, an dem wir den Nationalfeiertag in Singapur allein begehen». «Im nächsten Jahr», fuhr er fort, «werden wir zusammen mit dem übrigen Volk von Malaysia den Merdeka-Tag feiern, für die Gesamtheit der neuen Föderation.» Besonders nach seinem letzten Besuch bei den grossen blockfreien Nationen, nach seinen Unterhaltungen mit Nehru, Nasser und Tito, hat sich die Zuversicht des Ministerpräsidenten beträchtlich erhöht, dass Malaysia Wirklichkeit wird. Dass es ihm gelungen ist, bei den Wortführern der Dritten Kraft die Zustimmung zur Malaysia-Föderation zu erringen, hat das Volk von Singapur sehr beeindruckt.

Die Reise nach Indien und in andere blockfreie Länder war durch eine Resolution dringend nötig geworden, die vor einiger Zeit vom Afro-Asiatischen Solidaritätskomitee in Kairo verabschiedet worden war, und in der der Malaysia-Plan als «neo-kolonialistische Verschwörung» bezeichnet worden war. Die Opposition gegen den Malaysia-Plan in Singapur selbst, so zum Beispiel die mächtige Barisan Sosialis (Sozialistische Front), hatte behauptet, Nehru und andere Persönlichkeiten der Dritten Kraft unterstützten lediglich die Idee, nicht aber den praktischen Plan zur Bildung der Föderation. Wenn diese afro-asiatischen Führer die «richtige Wahrheit» über den Malaysia-Plan wüssten, würden sie ihn nicht unterstützen, behauptet Barisan. Die Sozialistische Front will eine Delegation in die betreffenden Länder schicken, um sie über diese «Wahrheit» aufzuklären.

Nach den Ausführungen von Lee ist eines der wichtigsten Probleme des neuen Staatenbundes die Frage der innenpolitischen Sicherheit. Gegenwärtig stehen in Singapur sieben Bataillone britischer Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Doch nach dem «M-Tage», dem Tage der Föderationsgründung, werden sie nicht mehr für diesen Zweck eingesetzt werden können. Das heisst, dass die neue Zentralregierung Malaysias über ausreichende Truppen verfügen muss, um sofort nach der Machtübernahme die Ordnung in Singapur aufrechtzuerhalten. Doch scheint Lee nach seinen Gesprächen mit MacMillan überzeugt zu sein, dass eine entsprechende Finanzhilfe aus Grossbritannien die rechtzeitige Aufstellung solcher Ordnungstruppen ermöglicht. In Bälde erwartet man den Bericht der Cobbold-Kommission über die Stellungnahme der Territorien Borneos zum Malaysia-Problem. Lee gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, dass dieser Bericht der Realisierung Malaysias keine Hindernisse in den Weg legen wird.

Der Vorschlag, auch Indonesien und die Philippinen in den neuen Staatenbund einzubeziehen, wurde vom Führer der Panmalaiischen Islami-Partei, Dr. Burhanudain, kürzlich in die Diskussion geworfen und vom Parlament des Malaiischen Staatenbundes verworfen. Unter Bezugnahme auf die Enzyklopaedia Britannica meinte Dr. Burhanudain, der malaiische Archipel umfasse nicht nur die Halbinsel Malaya, Singapur und Borneo, sondern auch Indonesien und die Philippinen, zusammen mehr als 3000 Inseln. Der heissköpfige einstige Führer der inzwischen aufgelösten Malaiischen Nationalistenpartei machte geltend, dass «wir in der Lage sein müssten, diese Gebiete zu vereinigen, da es in der malaysischen Region keinen Kolonialismus mehr gibt». Er fügte hinzu: «Wir im Malaiischen Staatenbund wollen keinen Kommunismus. Aber in Indonesien gibt es eine legale kommunistische Partei. Wenn wir nicht vorsichtig operieren, werden wir irgendwie anti-indonesisch werden, weil es dort eben Kommunisten gibt.» Er schlug baldige Verhandlungen mit der indonesischen Regierung vor, um alle Missverständnisse zu beseitigen, die in Djakarta bezüglich des Malaysia-Planes entstanden sein könnten.

Während die Ra'ayat-Partei und die Sozialistische Front Dr. Burhanudain unter-

stützten, fand sein Vorschlag den Widerstand der «Alliance», der Regierungspartei, sowie der oppositionellen P. P. P. (Volksfortschrittspartei). Dr. Ismail, der Minister für Innere Sicherheit, unterstrich, dass man aus der politischen Haltung Indonesiens erkennen könnte, dass es sich einem Malaysia nicht anschliessen würde.

Der P.P.P.-Führer, Seenivagasam, warnte davor, dass Malaya im Falle einer Einbeziehung Indonesiens in den geplanten malaysischen Staatenbund zur Provinz Djakartas werden würde. Auch hätte man sich dann mit einer kommunistischen Partei auseinanderzusetzen, der 8 Millionen Indonesier angehörten. Dr. Burhanudains Vorschlag wurde mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Erziehung

SBZ

Studentenauswahl wird enger

Jährlich haben bisher 5000 bis 6000 Studenten nach einem oder zwei Studienjahren das Studium wieder aufgegeben, weil sie den Anforderungen nicht gewachsen waren. Dies wird in einer Analyse der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung des Sowjetzonen-Gewerkschaftsbundes festgestellt. Diese Studenten, heisst es weiter, hätten in der Zeit ihres «Studiums» den Staat 30 bis 36 Millionen Mark gekostet, «die, wie jedermann einsehen wird, ökonomisch nicht richtig ausgegeben wurden».

Wenn jetzt seit zwei Jahren rund 36 000 Studienbewerber 18 000 Studienplätzen gegenüberstehen, ist nach Ansicht der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung «ein in allen entwickelten Ländern normaler Zustand erreicht». Die hohe Zahl von Abiturienten gestatte es jetzt, für das Studium nur die Bewerber auszuwählen, die die besten Voraussetzungen, «darunter eine *gute Einstellung zu unserem sozialistischen Staat*», mitbringen. Die Auswahl soll eine der Voraussetzungen werden, dass das Niveau an den Universitäten und Hochschulen der Sowjetzone steigt.

An Hoch- und Fachschulen der Sowjetzone sind gegenwärtig insgesamt 250 000 Studierende eingeschrieben.

Soziales

Jugoslawien

Handwerker zu tüchtig

In Jugoslawien ist ein neues Handwerksgesetz in Vorbereitung, das die Freiheiten dieses Standes noch weiter einschränken wird. Die privaten Handwerker arbeiten zu gut für die Planwirtschaft.

Nach den Angaben des jugoslawischen Statistischen Jahrbuches (1961) gab es am 15. Dezember 1959 insgesamt 123 117 handwerkliche Betriebe, von denen 7419 zum genossenschaftlichen und 115 698 zum privaten Sektor gehörten. Im letzteren waren zu jener Zeit 148 831 Personen beschäftigt. Die privaten Handwerker sind ebenfalls Mitglieder der staatlichen Krankenkassen, und demnächst sollen sie auch Invaliden- und Altersrenten erhalten.

Mehr als die Hälfte der Gesamtkapazität der privaten Handwerksbetriebe ist im Investitionsbau tätig oder nimmt in irgendeiner Form an der Marktproduktion teil, was eine bedeutende Abweichung von den übrigen Ostblockstaaten darstellt, da in diesen Ländern — laut kommunistischer Wirtschaftstheorie — die Tätigkeit des privaten Handwerkes nur auf gewisse Dienstleistungen beschränkt bleibt. In Jugoslawien dagegen liefern die privaten Handwerksbetriebe unter anderem der staatlichen Fabrik «Iskra» in Kranj komplette Mikrophone, die Firma Albert Kirn in Rijeka verkauft dem Staat Transformatoren, und die staatliche Baufirma «Hirdorgradnjaja» von Sarajevo erteilte an fünf private Handwerksbetriebe Aufträge im Wert von 46 Millionen Dinar.

Unter solchen Umständen besteht kein Zweifel, dass alle Privatbetriebe, nicht nur die gesetzlich zugelassenen 5, sondern viel mehr Arbeiter beschäftigten. Die Aufdeckung der diesbezüglichen Gesetzwidrigkeiten stösst aber auf grösste Schwierigkeiten, weil viele staatliche Unternehmungen und sogar gewisse Behörden den privaten Unternehmern zur Verheimlichung dieser Gesetzwidrigkeiten Beihilfe leisten. So berichtete zum Beispiel die Belgrader Parteizeitung «Borba» (10. 6. 1962) dass es Staatsbetriebe gibt, die mit den privaten Handwerkern zusammenspielen und die überzähligen Arbeiter auf ihren eigenen Lohnlisten führen, um die gesetzlichen Beschränkungen auszuspielen. In der Stadt Bosanska Gradiska (Bosnien) übergab der örtliche Volksausschuss die städtische Steingrube einem privaten Handwerksbetrieb zur Ausbeutung und bewilligte offiziell die Beschäftigung von 20 Arbeitern. Die gesetzwidrig hohe Zahl der Arbeiter einer Belgrader Patisserie konnte während langer Zeit deshalb nicht entdeckt werden, weil mit Hilfe eines Alarmsystems sofort mitgeteilt wurde, wenn ein Kontrolleur ins Geschäft eintrat, worauf sich die überzähligen Arbeiter versteckten.

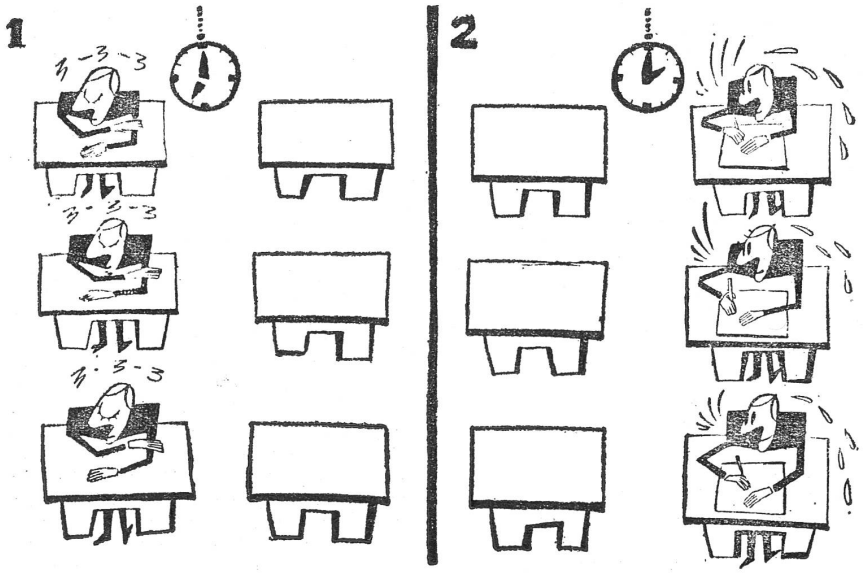
Dieses Zusammenspiel der staatlichen Organe mit dem Privathandwerk ist auf die zahlreichen, bereits wohlbekannten Unzulänglichkeiten der verstaatlichten Wirtschaft zurückzuführen. Die privaten Handwerksbetriebe liefern meistens pünktlich, auftragsgerecht und können zu jeder Zeit die verschiedensten Bestellungen übernehmen, da sie an keine starre Jahresplanung gebunden sind. Damit können die staatlichen Unternehmungen oft jene Engpässe überbrücken, die infolge der verspäteten Lieferungen anderer Staatsbetriebe zu entstehen pflegen, was vom Standpunkt der Planerfüllung und der damit verbundenen materiellen Vorteile von grösster Bedeutung ist. Die Arbeiter selbst arbeiten lieber in Privatbetrieben, weil sie dort besser entlöhnt und ihnen keine sogenannten «öffentlichen Verpflichtungen» auferlegt werden.

Bei einer solch ausgedehnten Tätigkeit verfügen die privaten Handwerker über ein ziemlich hohes Einkommen, das sie aber — laut Mitteilung der zuständigen Stellen — zu verheimlichen suchen. Dabei sind ihnen die Steuerbehörden selbst behilflich, die für eine Bestechungssumme von 10 000 bis 20 000 Dinar falsche Steuererklärungen ausstellen. Nach Pressemeldungen sollen in Belgrad 692 und in Zagreb 400 Handwerker Autobesitzer sein, was in Anbetracht der äusserst hohen Autopreise nicht mit westlichen Massstäben beurteilt werden kann.

Das in Vorbereitung stehende neue Handwerksgesetz soll der bisherigen Tätigkeit des privaten Handwerkes weitere Einschränkungen auferlegen und ihr die Erzeugung gewisser Waren, zum Beispiel kosmetischer Produkte oder Kunststoffe, verbieten. Wann dieses neue Gesetz veröffentlicht oder in Kraft treten wird, ist noch nicht bekannt.

Schraube für die neue Klasse

In einigen jugoslawischen St[illegible]dten wurden nach der Rede des Präsidenten Tito in Split Kontrollkommissionen ins Leben gerufen, die die Aufgabe haben, das private Eigentum einzelner Funktionäre nachzuprüfen. (Tito hatte unter anderem die all-



Eine Karikatur der Belgrader «Borba» mit Gegenüberstellung der Arbeit im vollamtlichen, fixen Angestelltenverhältnis und feststehendem Lohn einerseits (links) zur Honorararbeit anderseits (rechts).

zuvielen Parteifunktionäre angegriffen, welche ihre Stellung in der KP zur persönlichen Bereicherung missbrauchen.)

Dies gilt vor allem für jenes Eigentum, welches in den letzten vier Jahren erworben wurde. In der dalmatinischen Stadt Split ist bereits eine solche Kommission an der Arbeit. Sie hat vor allem zu erforschen, auf welche Weise gewisse Einwohner ihre privaten Häuser, Villen, Autos und Motorboote in den letzten vier Jahren erworben haben. Bekanntlich wurden in der Zeit von 1958 bis 1962 in Split über 1000 private Villen und Familienhäuser gebaut. Dem Direktor einer Baufirma in Split konnte bereits nachgewiesen werden, dass er nur mit seinem Jahreseinkommen niemals in der Lage gewesen wäre, eine Villa (12 Millionen Dinar Baukosten) zu bauen und einen Fiat 1100 zu kaufen. Es hat sich herausgestellt, dass er ein Haus gebaut hatte und es gut verkaufen konnte. Mit dem Erlös konnte er sich ein zweites Haus bauen und den Wagen kaufen. Das zweite Haus verkaufte er ebenfalls, und mit dem Gewinn der beiden Häuser konnte er bereits ein drittes Haus bauen lassen. Dabei hatte er Facharbeiter angestellt, für welche seine Firma eine Sozialversicherung bezahlt hatte. Das Gericht wird jetzt zu entscheiden haben, ob dieser Baudirektor sein Vermögen und Eigentum weiter behalten kann oder nicht. Ueber ähnliche Fälle in Split und in anderen Städten wird in der Presse ebenfalls berichtet.

Verlagswesen

Ostblock

Koordination intensiviert

Auf der vergangenen Warschauer Buchmesse beschlossen die staatlichen Verlagshäuser der Ostblockstaaten den weiteren Ausbau ihrer bereits bestehenden Zusammenarbeit. Es sollen gemeinsame Pläne zur Herausgabe von Werken der Schönen- und Fachliteratur sowie von Wörterbüchern aufgestellt werden. Alle Ostblockländer werden einander in Zukunft Rezensionen über die von ihnen zur Uebersetzung oder Herausgabe empfohlenen Werke zukommen lassen, um jeder eventuellen Doppelspurigkeit vorzubeugen. Die einzelnen Schriftstellerverbände sollen die Ausbildung geeigneter Uebersetzer in die Hand nehmen. Mit der Ausarbeitung entsprechender Empfehlungen, die an der kommenden Tagung der Ostblock-Verlag in Plovdiv (Herbst 1962) besprochen werden, wurde Ungarn beauftragt.

Mit 6493 Titeln haben die Buchverlage der Sowjetzone im Jahr 1961 den bisherigen Höchststand des Jahres 1958 (6205 Titel) um fast 300 überboten. Dies geht aus einer Statistik der Hauptverwaltung Verlagswesen des Ministeriums für Kultur hervor, die sich dabei auf die «Deutsche Nationalbibliographie» stützt. In den Jahren 1959 und 1960 belief sich die Zahl der Titel auf 5631 bzw. 6103.

Die Gesamtauflage der 1961 erschienenen Bücher, von denen 4104 Erstauflagen waren, wird mit 101,08 Millionen Exemplaren angegeben, die Durchschnittsauflage je Titel mit rund 15 500.

Eine vier Bände umfassende Enzyklopädie «Die Automatisation der Produktion und die Industrie-Elektronik» ist für Fachleute, Studenten, Neuerer, Partei-Wirtschafts-Aktive, für den technischen Fortschritt usw. bestimmt. Diese Enzyklopädie besteht aus folgenden Abschnitten: Elektronenberechnungen und Manager-Maschinen, Programmierung, Kibernetik, Theorie der automatischen Regulierung und Leitung, Telemechanische Mittel der Automatik, Telemechanik u.a.m. Speziell behandelt werden folgende Fragen: Selbstleitungssystem der Maschinenkomplexe und Aggregate... Alle Termina werden erklärt und ins Englische, Französische und Deutsche übersetzt. Somit wird diese Enzyklopädie gleichzeitig zu einem viersprachigen Wörterbuch. Der 1. Band wird noch dieses Jahr herauskommen.

Touristik

Sowjetunion

Die elfte Haisorte

Die Platznot in den sowjetischen Ferienzentren beleuchtet ein Artikel der «Komsomolskaja Prawda». Zwar will der Jalta-Korrespondent im Organ der kommunistischen Jugendorganisation die Profitgier der Logisgeber geisseln und die Tatsache, dass ihr nicht begegnet werden kann. Dies tut er auch mit Nachdruck. Eindeutig aber wird zugleich, wie wenig die Ferienparadiese für die Werktätigen paradiesisch sind. So schreibt der kritiklustige Berichterstatter:

«Es gibt 10 Arten verschiedener Haie, aber die 11. und schlimmste Sorte wohnt auf dem Festland und niemand macht Jagd auf sie... und doch sind diese noch schlimmer als die echten Haie. Man stelle sich einen immer dunklen und staubigen Holzschopf vor, in welchen nie ein Sonnenstrahl dringt und wo eine Familie mit zwei kleinen Kindern haust. Weshalb hat dieser Mensch keine menschenwürdigere Behausung? Dieser Schachow hat im Haus daneben eine Zweizimmerwohnung mit Veranda, welche für seine Familie genügend gross ist. In diese 2 Zimmer hat er während der Sommersaison 8 Personen hineingepfercht. Von jedem Gast verlangt er 1 Rubel, das macht pro Monat 240 Rubel...

Der Zweck heiligt die Mittel ist die Devise dieser Landhaie. Die Schönheiten von Jalta und der Krim bedürfen keiner Reklame. Jährlich nimmt Gross-Jalta an die 400 000 «nicht organisierte Feriengäste» auf. Der Staat kann diese «wilden Feriengäste» noch nicht in Ferienheimen unterbringen. Natürlich wird mit der Zeit die private Zimmervermietung an Feriengäste verschwinden... aber vorläufig dirigiert ein Wohnungsbüro die Feriengäste an die privaten Vermieter. In Jalta hat sich am Bahnhof und an der Schifflände eine illegale Börse gebildet, welche die Gäste in Privatpensionen zuweist, die Passregelung verletzt und die sanitarischen Vorschriften verletzt.

Die privaten Zimmervermieter sind sozusagen straffrei, man kann sie einzig wegen Verletzung der Passvorschriften bei Nichtanmeldung der Gäste belangen. Nur ein Beispiel: Juchnenko hat in einer Saison für private Zimmervermietung 1059 Rubel an Leuten verdient, welche er angemeldet hat. Und wie viele hat er nicht angemeldet? Die Parasiten an den Kurorten haben das Privatunternehmen zu ihrem Beruf gemacht. Sie verheimlichen ihre Tätigkeit, indem sie sich irgendwo offiziell an einer Arbeitsstelle eintragen und beziehen selbstzufrieden einen Monatslohn von 50 Rubel. Die Atraktion eines solchen privaten Pensionsinhabers bilden seine Teppiche, ein Klavier und dergleichen. Bei ihrem kleinen «Monatsgehalt» vergrössern sie aber stets ihr «Wohnungs-Business»! Mitten in Jalta ist unlängst ein imposantes dreistökkiges Wohnhaus entstanden... der Inhaber dieses Immobils ist der Feldscher (Arzt ohne Studienabschluss) der städtischen Quarantänestation, Lysenko. Auf die Frage, wozu er einen solchen Palast brauche, antwortete er ausweichend, er lebe gerne in grossen Räumen und habe gerne Platz.

Diese Grossraumssucht scheint an den Ufern der Krim um sich zu greifen. Nach dem Baugesetz darf sich jeder Hausbesitzer Häuser mit einer Wohnfläche bis zu 60 Quadratmeter bauen. Sie umgehen dieses Baugesetz, indem sie grosse heizbare Veranden, ausserordentlich grosse Sommerküchen und bewohnbare Holzschopfe bauen. Der Hilfsförster von Jalta hat sich ein Haus gebaut, in welchem auf jedes Familienmitglied 60 Quadratmeter Wohnfläche entfallen. Man spricht genug über neue Gesetze zur Erhaltung der Krim als Eigentum des ganzen Sowjetvolkes... dieser Goldfonds für Parasiten muss gestoppt werden. Das Stadtexekutivkomitee von Jalta ist der gleichen Meinung, verteilt aber trotzdem links und rechts Bauterrains. Letztes Jahr wurden wegen Terrainverschleisses der Hauptarchitekt von Jalta und sein Stellvertreter entlassen. Aber was hat sich seither gebessert? Nichts! «Allein dieses Jahr wurden am Südufer der Krim 250 neue ‚Schwalbennester' gebaut.»

Laut einer Mitteilung vom Statistischen Komitee des Ministerrates für Energiewirtschaft, werden in der UdSSR gegenwärtig 550 Erdölvorkommen gemeldet. Die grössten befinden sich in der Russischen Föderation (RSFSR) und in der Ukraine. Nachher folgen Aserbeidschan, Turkmenistan, Kasachstan und Uzbekistan. Ferner wurden reiche Vorkommen auch in Sibirien, bei Irkutsk, in der Süd-Ukraine, in West-Kasachstan und auf dem Grund des Kaspischen Meeres entdeckt.

Die Uhrenfabrik von Pensa (UdSSR) hat mit der Serienproduktion der neuen Herrenarmbanduhr LUX begonnen. Die ersten Uhren wurden neben dem Inlandmarkt bereits in die CSSR, nach Jugoslawien, Italien, Griechenland, Ghana, der Bundesrepublik Deutschland und Zypern exportiert. Im Jahre 1962 soll diese Uhrenfabrik mehr als 120 000 Uhren dieser Marke herstellen.

Religion

Polen

Die Aktivität des Atheismus

Die Propaganda gegen die Religion wird auch in Polen stark intensiviert, obwohl das traditionell katholische Land mit seiner immer noch vorwiegend gläubigen Bevölkerung diesbezüglich von der KP vorsichtiger behandelt wird als andere kommunistische Staaten. Neuere Angaben über die atheistische Bewegung waren der polnischen Presse kürzlich zu entnehmen.

Am 23./24. Juni wurde der 2. Kongress der Vereinigung der Atheisten und Freidenker in Lodz abgehalten. Im Zusammen-

hang mit diesem Ereignis erteilte der Präsident der Oberverwaltung dieser Vereinigung, Dozent Dr. Andrzey Nowicki, ein Interview. Wichtige Angaben des Interviews sind folgende:

Die Vereinigung zählt beinahe 40 000 Mitglieder. Sie organisiert jährlich mehr als 7000 Vorträge über philosophische, ethische, soziale, geschichtliche und religionswissenschaftliche Themen. Unter den ständigen Zuhörern dieser Vorträge erwähnt er vor allem viele Tausende von Gläubigen.

Die Vereinigung entfaltet auch eine rege Verlagstätigkeit. Sie hat ein Wochenblatt «Argumenty» sowie ein Zweiwochenblatt «Fakty i Mysli». In Schlesien erscheint ferner eine Monatszeitschrift «Mysl wolna». Seit Mai 1959 gibt die Vereinigung ein internes «Bulletin der Zentralstelle für Information der Obersten Verwaltung der Vereinigung der Atheisten und Freidenker» (SAIW) heraus. Sie veröffentlicht ferner Jahrbücher unter dem Titel: «Rocznik Wolnej Masli» (Jahrbuch des freien Gedankens). Dieses Jahr begann die Vereinigung auch mit der Herausgabe von theoretischen Schriften unter dem Titel «Zeszyty Argumentow» (Hefte der Argumente). Ausserdem veröffentlichte sie zahlreiche Skripten.

Mit Initiative und durch die organisatorische Hilfe der SAIW wurde 1958 die «Polnische Gesellschaft für Religionswissenschaft» gegründet, welche die jeden zweiten Monat erscheinende Zeitschrift «Euhemer» herausgibt. Ausserdem ist sie Herausgeber der halbjährlich erscheinenden «Studien aus der Geschichte der Katholischen Kirche» sowie einer Buchserie unter dem Titel «Abhandlungen und Materialien der Polnischen Gesellschaft für Religionswissenschaft» (Rozprawy i materialy PTR).

Partei

Ungarn

Halbgenehme Kleinbürger

Im Unterschied zur Sowjetunion stellt der Kleinbürger in den Volksdemokratien ein eigentliches Dilemma für die Partei dar. Einerseits steht er abgesondert von der anerkannten Arbeiterklasse und muss daher ideologisch und propagandistisch ununterbrochen bekämpft werden.

Anderseits wird er zum «sozialistischen Aufbau» noch durchaus benötigt und muss für die Zusammenarbeit mit der KP umworben werden.

Den Zwiespalt illustrierte ein kürzlich (19. Juni) in der Budapester Zeitung «Magyar Nemzet» veröffentlichter Artikel der Parteischriftstellerin Judit Kovacs. Die gewundene Erklärung lässt auch zwischen den Zeilen die unbestimmte Lage des Kleinbürgertums in den kommunistischen Staa-Staaten neueren Datums erkennen.

«Einer unserer Leser beanstandete es, dass ich in einem Artikel, in dem ich die negativen Erscheinungen der Erziehung in der Schule und in der Familie kritisierte, die Bezeichnung ‚Kleinbürger' in abträglichem Sinn verwendete. Unser Leser meint sogar, dass unsere Schriftsteller ‚die Vergangenheit und die Kleinbürger für alles verantwortlich machen'. Seiner Ansicht nach lässt sich das nicht mit dem Standpunkt der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei vereinbaren, wonach die Arbeiterklasse das Kleinbürgertum als Verbündeten ansieht...»

Das Blatt stellt sodann die Frage, wer heute eigentlich noch als Kleinbürger anzusehen sei und schreibt:

«Wenn wir von der Abstammung absehen, dann können Staatsangestellte oder Mitglieder einer Genossenschaft schwerlich als Kleinbürger angesehen werden. Es bleiben die selbständigen Gewerbetreibenden, die Kleinkaufleute und die selbständigen Bauern übrig.»

Doch auch diese seien nicht mehr identisch mit den Kleinbürgern der Vergangenheit. Auch sie arbeiten für die sozialistische Gesellschaft und seien in vielen Dingen mit den Sozialisten gleicher Meinung. «Die früheren Kleinbürger bilden mit der Arbeiterklasse zusammen eine neue Gesellschaft», die durch gemeinsame Interessen zustandegekommen sei. Im weiteren heisst es:

«Für dieses Bündnis ist es nicht von Nutzen, wenn wir die Bestrebungen, die kleinbürgerliche Ideologie hinüberzuretten, tolerieren. Wir waren schon einmal Zeugen einer Probeehe zwischen der kleinbürgerlichen Ideologie und der sozialistischen Weltanschauung. Aus ihr wurden zwei Bastarde geboren: das Sektierertum und der Revisionismus. Wir haben gelernt, dass dem Bündnis mit den Menschen kein ideologischer Kompromiss folgen darf...

Zusammenfassend: Wenn wir die Bezeichnung Kleinbürger verwenden, dann wollen wir damit niemanden beleidigen, sondern höchstens zu besserer Einsicht bringen. Auf ideologischem Gebiet ist keine Ausrottungskampagne geplant. Das Ziel ist, die sozialistische Weltanschauung zu verbreiten, wobei berücksichtigt werden soll, dass dies sukzessive und unter Respektierung des freiwilligen Entschlusses geschieht.»

Militär

SBZ

Der Ansporn für Kinder

Für das «Ausbildungsjahr 1963», in dem die «allgemeine vormilitärische Ausbildung mit neuen Formen und Methoden» erfolgt, hat der Zentralvorstand der «Gesellschaft für Sport und Technik» (GST) der Sowjetzone ein Abzeichen «Für gute vormilitärische und technische Kenntnisse» in drei Stufen — Bronze, Silber und Gold — eingeführt.

Im nächsten Jahr soll die vormilitärische Ausbildung der 15- bis 18jährigen mit dem Ziel erfolgen, ihnen bis zu ihrem Eintritt in den aktiven Wehrdienst der Sowjetzonen-Volksarmee «gute vormilitärische und technische Kenntnisse zu vermitteln». Weiter muss, wie der Zentralvorstand der GST angeordnet hat, «mit einer ausreichenden Anzahl von Jugendlichen», die die Absicht haben, in Spezialeinheiten der «Volksarmee» zu dienen, die vormilitärische Spezialausbildung organisiert werden.

«Um einen Grundfehler der Vergangenheit zu überwinden», hat der Zentralvorstand der GST weiter angeordnet, dass in allen Wohngebieten in Stadt und Land Grundeinheiten der GST gebildet werden. Gleichzeitig aber soll auch das Netz der Grundeinheiten in den «sozialistischen» Betrieben der Industrie und Landwirtschaft, in allen Schulen und Lehranstalten erweitert werden. Wo solche Grundeinheiten noch nicht bestehen, sollen sie sofort gegründet werden.

Die Leitung aller Grundeinheiten, so schreibt der Zentralvorstand der GST vor, dürfe «nur in die Hand von fähigen, der Arbeiter- und Bauernmacht treu ergebenen Funktionären gelegt werden».

Produktion

Ungarn

Der Quartalstanz

Ein Problem der kommunistischen Planwirtschaft sind immer wieder die «Stosszeiten» der Produktion.

Obwohl die ungarischen Fachkreise bereits seit Jahren laufend darauf hingewiesen haben, dass die Produktion in der Industrie nicht kontinuierlich sei, sondern sich stossartig auf das Ende der einzelnen Jahresquartale konzentriere, konnte dieses Uebel bis jetzt nicht behoben werden.

Wie die Investitionsbank kürzlich feststellte, haben sechs grosse Maschinenfabriken die für Investitionszwecke im Jahre 1961 notwendigen Maschinen bis zum Ende des Jahres nur zu 78,3 Prozent abgeliefert, wobei 60 Prozent der Auslieferungen erst im letzten Vierteljahr erfolgten.

Als Quellen des Uebels werden teilweise die gegenwärtigen Planungsmethoden und die Materialbewirtschaftung, teilweise der mangelhafte materielle Anreiz und die falschen Formen der Prämiierung angesehen.

Es ist der mangelhaften Planungstätigkeit zuzuschreiben, dass die Fabriken die Aufträge nur mit grosser Verspätung erhalten, was die rechtzeitige Aufstellung der Fabrikationspläne fast unmöglich macht. So hatte zum Beispiel die Maschinenindustrie im April für 60 Prozent ihres heurigen Erzeugungsprogrammes noch keine Aufträge in der Hand. In der pharmazeutischen Industrie waren zur gleichen Zeit nur 46 Prozent der für den Westexport vorgesehenen Warenmengen mit Aufträgen gedeckt.

In der Materialbewirtschaftung stimmen die Termine für die Abgabe der Materialbestellungen nicht mit dem Zeitpunkt der Genehmigung der Produktionspläne überein. So bestellen die Betriebe das Material auf Grund ihrer langjährigen Erfahrung. Die Folge ist eine Vergeudung der oft teuersten Importrohstoffe, die wiederum manchmal jahrelang in den Lagerräumen herumliegen und einen Teil des Nationaleinkommens immobilisieren.

Das Institut für Industriewirtschaft und Betriebsorganisation des Ministeriums für Hütten- und Maschinenindustrie überprüfte 1959 und 1961 bei 35 beziehungsweise 22 Betrieben die Leitung der Produktion. Dabei wurde festgestellt, dass diese in den letzten zehn Jahren weit hinter der Entwicklung der Produktion und ihrer Methoden zurückgeblieben ist und auch noch gegenwärtig im Wesentlichen von den Methoden des Kleingewerbes beherrscht wird.

In den überprüften Betrieben waren keine Produktionsprogramme vorhanden, weil die Programmierungsabteilungen unfähig gewesen sind, die Konstruktion, die Technologie und die Fabrikationstermine miteinander zu koordinieren. Ferner wurde auch darauf hingewiesen, dass viele technische und wirtschaftliche Leiter den modernen Anforderungen ihrer Tätigkeit nicht gewachsen sind.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 18. Juli 1962

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

Der Schnappschuss

Wozu LPG-Mitglieder überall eingesetzt werden können, verrät in der sowjetzonalen «Deutschen Bauern-Zeitung» vom 6. Juli dieses Jahres eine Leserschaft aus Cochstedt im Kreis Aschersleben:

«Drei Orte unseres Kreises brauchten Bürgermeister. Wer musste sie stellen? Unsere LPG. Die HO-Gastwirtschaft sucht eine Kraft — also her damit aus der LPG. Jetzt sollte die Apotheke geschlossen werden. Anstatt aus einer anderen Apotheke mal eine Ersatzkraft zu stellen, hat auch dafür der Bürgermeister eine Kollegin unserer LPG abgeworben.»

*

Die finnische Firma «Metex» liefert die kompletten Einrichtungen einer Viskose-Zellulosefabrik an Polen für einen Gesamtpreis von 11 Millionen Dollar. Es handelt sich um einen Teil jenes Papier- und Zellulosekombinates, das in Swiecie an der Weichsel mit einer Aufwendung von vier Milliarden Zloty, in den kommenden zehn Jahren entstehen wird. Nach der vollen Inbetriebnahme soll das Kombinat jährlich 152 000 t Zellulose, ferner 321 000 t Pappe, Packpapier und andere Produkte liefern. Die Inbetriebnahme des von Polen gekauften Objektes ist für 1964/1965 und sein Jahresausstoss in 50 000 t Zellulose vorgesehen.

*

Während des Prozesses gegen einen 60jährigen Ostberliner, der angeklagt war, einem befreundeten Ehepaar bei der Flucht über die Mauer nach Westberlin geholfen zu haben, fragte der Vorsitzende: «Sind Sie vorbestraft?» — «Ja», antwortete der Angeklagte, «1938 zu 10 Jahren Zuchthaus.» — «Aha, also ein alter Zuchthäusler! Und weswegen?» — «Ich hatte einem befreundeten jüdischen Ehepaar bei der Flucht über die Grenze geholfen!» («Tarantelpress»)

*

«Manche Menschen meinen, man sollte zur Deckung der steigenden Nachfrage die Produktion hochwertiger industrieller Konsumgüter zulasten anderer Zweige der Volkswirtschaft schneller entwickeln. Natürlich könnte man das. Aber das würde bedeuten, der wirtschaftlichen Stärkung unseres Arbeiter und Bauernstaates Mittel zu entziehen, während wir unsere ökonomische Kraft stärken müssen, um den Frieden zu sichern.» (Dr. G. Wittkowski, Präsidiumsmitglied der sowjetzonalen Regierung, «Neues Deutschland», 18. Juni.)

*

Aufgelöst worden ist der Verlag Sport und Technik, ein organisationseigenes Unternehmen der vormilitärischen «Gesellschaft für Sport und Technik» der Sowjetzone. Der Verlag hat seine Zeitschriften und Bücher dem «Deutschen Militärverlag» in Ostberlin abgetreten. Die Liquidierung des GST-Verlages, dessen Leitung seit 1956 der ehemalige Generalsekretär der LDP, Herbert Täschner, hatte, soll die GST von ökonomischen Aufgaben befreien und sie dazu befähigen, sich ausschliesslich auf die vormilitärische Ausbildung der Jugend der Sowjetzone zu konzentrieren. Ausserdem, so wurde offen erklärt, sei die Auflösung des Verlages Sport und Technik ein Schritt auf dem Wege zur «Rationalisierung im Verlagswesen» der Sowjetzone.

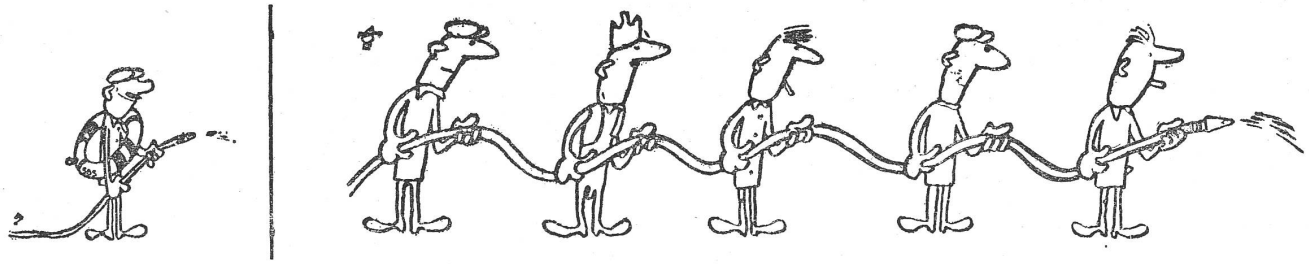
Unser Memo

Es ist nicht unbedingt nötig, dass sich Laszlo Koncsek, dem der offene Brief auf Seite 1 gewidmet ist, mit uns über verschiedene Ansichten in Ost und West auseinandersetzt. Er könnte beispielsweise damit beginnen, uns widersprüchliche Ansichten in seinem eigenen Artikel auseinanderzusetzen.

Er redet von der Hetzkampagne und der Boykottbewegung gegen Ostkontakte in der Schweiz und führt dazu aus: «Man fürchtet sich vor einer kleinen Minderheit, die im Besitz der politischen und wirtschaftlichen Macht ist. Diese (Minderheit) brandmarkt jedermann, der für den Fortschritt und gegen den Konservatismus das Wort zu erheben wagt, oder der mit jemandem hinter dem ‚Eisernen Vorhang' zu sprechen wagt, als ‚kommunistischen Agenten'.»

Und einige Absätze später schreibt Koncsek: «Bei den schweizerischen Unternehmern war die Boykottbewegung (gegen Ostkontakte) nicht populär. Es liegt in ihrem Interesse, die Handelsbeziehungen mit dem Osten aufrechtzuerhalten und wenn möglich zu erweitern . . .»

Und jetzt mag uns Koncsek vielleicht erklären, ob seiner Ansicht nach die Unternehmer in einem kapitalistischen Land zu jener grossen Mehrheit gehören, die weder politische noch wirtschaftliche Macht haben. Wenn er nämlich das glaubt, steht er nicht im Widerspruch zu sich selbst, sondern nur zum Marxismus-Leninismus und seinen sämtlichen Interpretationen bis zu Chruschtschew und Kadar. Und da müssten wir die Verantwortung ihm überlassen.



Lange Leitung

Links im Bilde wirtschaftet der Bauer für sich, rechts innerhalb des Kollektivs. «Starschel» (Hornisse), die bulgarische satirische Wochenschrift aus Sofia hat schon mehrmals ausgezeichnete Witze über das Ungenügen der kollektivierten Landwirtschaft gebracht (Vgl. KB Nrn. 41 und 43, 1961), aber dieses Bildchen ist beinahe noch einprägsamer. Selbstverständlich zielt die Kritik nicht auf die Kollektivierung selber, sondern auf all jene, die ihr nicht positiv gegenüberstehen. Wieweit der Zeichner eine andere Interpretation beim Leser in Kauf nimmt oder gar provoziert, ist schwer zu erraten. Dass missverständliche Witze in ungarischen humoristischen Zeitschriften letztes Jahr mehrere Entlassungen von Redaktoren zur Folge hatten, ist bekannt, aber «Starschel» scheint sich innerhalb der gegebenen Grenzen (die natürlich immer noch eng genug gezogen sind) einer gewissen minimalen Freiheit zu erfreuen.

Im übrigen ist die bulgarische Regierung immer noch sehr unzufrieden mit den Kollektivwirtschaften auf dem Lande. Nicht zuletzt sind es die Parteigenossen, welche scharfe Kritik an ihrer Einstellung erfahren. Parteichef Schiwkoff erklärte kürzlich (laut «Rabotnitschesko Delo» vom 27. Juni): «Leider sind sich noch lange nicht alle Kommunisten dessen bewusst, dass sie im Kampf gegen die Dürre die Rolle von Pionieren spielen müssen. In sehr vielen Fällen erfüllen die Kommunisten auf dem Lande ihre Parteipflicht nicht, kneifen vor den Schwierigkeiten aus, suchen sich leichtere Arbeit, unterschätzen die neuen Anforderungen des Lebens und bemühen sich nicht, ihre Arbeitsleistung zu erhöhen. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Kollektivbauern sind gross. Sie können deshalb nur schwer überwunden werden, weil die Parteigenossen abseits stehen . . .»

Das also sind die parteioffiziellen Devisen für die neue Zeit: mehr Arbeit und grössere Anstrengungen. Und nicht einmal den Kommunisten scheint es einzuleuchten. Die Schwierigkeiten der Landwirtschaft begannen (wie auch in den übrigen kommunistischen Staaten) mit der Kollektivierung.

Laut einer jüngsten amtlichen Mitteilung ist in Bulgarien ein bedeutender Teil der Staatsgüter (Sowchose; die andere Form des Kollektivgutes ist die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft = LPG = Kolchose) nach wie vor defizitär. Unter anderm auch Betriebe, wo die Investitionen im wesentlichen abgeschlossen sind, so dass man beträchtliche Reingewinne erwartet hatte. Sowchosen schneiden in der Rentabilität meist auch schlechter ab als die Kolchosen mit ihren zumeist billigeren Einrichtungen.